

Zur Finanzierungsproblematik von Modellen des Bedingungslosen Grundeinkommens und der Negativen Einkommensteuer

von Patrick Urbanke

Vorstellung der Grundthese. In diesem Positionspapier argumentiere ich, dass Modelle des Bedingungslosen Grundeinkommens und der Negativen Einkommensteuer in der Praxis auf enorme Finanzierungsprobleme stoßen werden. Das genaue Ausmaß der Finanzierungsschwierigkeiten hängt dabei von der genauen Ausgestaltung ab.

Struktur der Argumentation. Meine Argumentation basiert dabei auf **drei Argumenten**. Diese sind **kumulativ**, dies bedeutet, dass jedes Argument überzeugen muss, damit sich die Schlussfolgerung ableiten lässt.

Argument 1. Finanzierungskonzepte die lediglich auf eine Reihe an Steuern verweisen, die man erhöhen kann, sind unzureichend (erläutert in *Abschnitt 1*).

Argument 2. Eine angemessenere Berechnung zeigt, dass diese Sätze inakzeptabel hoch wären (erläutert in *Abschnitt 2*).

Argument 3. Das in **Argument 2** dargestellte Problem gilt grundsätzlich für alle Formen von sozialer Sicherung. Jedoch ist es aus mathematischen Gründen nicht möglich, die gegenwärtige Regelung durch ein finanzierbares System der Negativen Einkommensteuer oder des Bedingungslosen Grundeinkommens zu ersetzen (erläutert in *Abschnitt 3*).

Abschnitt 1

Argument 1. Finanzierungskonzepte die lediglich auf eine Reihe an Steuern verweisen, die man erhöhen kann, sind unzureichend.

Die Problematik. Finanzierungskonzepte, die lediglich auf eine ganze Reihe an Steuern verweisen, die man erhöhen könnte, sind aus *zwei Gründen* problematisch.

Erstens ist dieses Kriterium zu weich. Unfinanzierbar wäre dieser Logik nur ein Modell, welches mehr Kosten verursachen würde, als das gesamte Volkseinkommen. Das ist jedoch eine absurde Haltung. Das Kriterium Finanzierbarkeit ist eine Wertentscheidung und sollte als solche behandelt werden.

Zweitens verschleiert ein solches Modell die entstehenden Anreize. Anreize können prinzipiell aus Steuern, Sozialabgaben und Transferenzugsraten bestehen. (*Transferenzugsraten* sind jener Teil des selbst verdienten Einkommens der auf Sozialleistungen angerechnet wird.)

Wenn beispielsweise eine Transferenzugsrate auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen von 50% besteht, kann es durchaus sein, dass durch die zusätzliche Last von Steuern und Sozialabgaben insgesamt 80% des selbst erwirtschafteten Einkommens wieder entzogen werden. Ein seriöses Finanzierungskonzept muss diese Effekte beachten.

Die Lösung. Da es aus Sicht der Anreize keinen Unterschied macht, ob diese durch Steuern, Sozialabgaben oder Transferenzugsraten entstehen, sollte ein Berechnungsmodell erstellt werden, in dem davon ausgegangen wird, dass allen Bundesbürgern ein bestimmter Betrag pauschal ausbezahlt wird. Es sollte dann auf Basis der derzeitigen Staatsausgaben errechnet werden, wie hoch der implizite Anteil des Volkseinkommens ist, der zur Finanzierung dieser Sozialausgabe notwendig ist.

Abschnitt 2

Argument 2. Eine angemessenere Berechnung zeigt, dass diese Sätze inakzeptabel hoch wären.

Einsparungen durch das Grundeinkommen oder der Negativen Einkommensteuer. Sowohl Grundeinkommen und Negative Einkommensteuer zeichnen sich dadurch aus, dass Soziale Leistungen deutlich stärker pauschalisiert werden. Hier wird mit der dadurch entstehenden emanzipatorischen Wirkung bzw. Bürokratieabbau argumentiert. Dies bedeutet natürlich, dass verschiedene Sozialleistungen durch das neue System komplett ersetzt werden können und wegfallen.

Tabelle 1 gibt Aufschluss über sämtliche Sozialausgaben in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2007 (aktuellere Zahlen liegen leider nicht vor). Ich gehe davon aus, dass durch das neue System sämtliche sozialen Ausgaben für Aktive Arbeitsmarktpolitik (*Active labour market programmes*), Arbeitslosengeld (*unemployment*) und Sozialer Wohnungsbau (*Housing*) komplett ersetzt werden können.

	Total	In Cash	In Kind
Old age	210.455	210.115	340
Survivors	50.162	49.831	331
Incapacity related	45.925	32.921	13.004
Health	190.853	0	190.853
Family	44.528	26.392	18.135
Active labour market programmes	17.586	0	17.586
Unemployment	33.660	33.660	0
Housing	14.729	0	14.729
Other social policy areas	4.127	3.302	825
Total	612.024	356.222	238.216

Tabelle 1: Sozialausgaben in der BRD, 2007, in Mio. €

Quelle: OECD

Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Für eine Berechnung ist es des Weiteren notwendig, die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu betrachten. Generell ist es denkbar, Kindern weniger Geld zu geben als Erwachsenen. Außerdem ist es vorstellbar zu argumentieren, Rentner seien nicht anspruchsberechtigt. Dies würde allerdings einen Systembruch darstellen.

Während es äußerst unproblematisch ist, herauszufinden wie viele Rentner es 2007 in der Bundesrepublik Deutschland gab, ist es deutlich schwieriger, die Zahl der Kinder zu ermitteln.

Ich schätze diese Zahl auf Basis der Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis), wonach es 2007 9.498.500 Menschen zwischen 15 und 25 Jahren (dies bedeutet nach dem 15. Geburtstag, vor dem 25. Geburtstag) in der Bundesrepublik Deutschland gab.

Ich gehe dabei, der Einfachheit halber, davon aus, dass es innerhalb dieser Gruppe von jedem beliebigen Alter genau gleich viele Menschen gibt. Diese Annahme kommt den Befürwortern von Bedingungslosem Grundeinkommen und Negativer Einkommensteuer ganz klar entgegen. Daraus folgt, dass 30% der Menschen zwischen 15 und 25 Jahren 15, 16 oder 17 Jahre alt sind.

Auf Basis dieser Annahme schätze ich dann die Zahl der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland (definiert als Menschen unter 18 Jahren).

Die Ergebnisse zeige ich in *Tabelle 2*.

(*Nebenbemerkung: Wenn irgendjemand bessere Zahlen hat, nur her damit!*)

Insgesamt	82.217.800
Rentner	20.166.175
Unter 6	4.192.300
6 – 15	7.089.400
15 – 25	9.498.500
<i>daraus ergibt sich:</i>	
15 – 17	2.849.550
Erwachsene	68.086.550
Kinder	14.131.250
<i>Tabelle 2: Bevölkerungsstruktur der BRD, 2007</i>	
<i>Quelle: Destatis, Deutsche Rentenversicherung</i>	

Kosten des Grundeinkommens oder der Negativen Einkommensteuer. Auf Basis dessen lassen sich nun die fiktiven Kosten berechnen, die durch ein Grundeinkommen entstehen würden. Wie in **Abschnitt 1** erläutert, macht es von dem Aspekt der Anreize keinen Unterschied, ob es Transferentzugsraten gibt, oder ob diese komplett durch Steuern finanziert würden. Da es uns, wie in **Abschnitt 1** erläutert, um Anreize geht, ist diese Vorgehensweise angemessen.

Ich berechne dabei die Kosten, die entstehen, wenn man allen Erwachsenen 400, 600, 800 oder 1000 Euro im Monat bezahlen würde. Ich berechne außerdem, was es kosten würde, wenn Rentner nicht anspruchsberechtigt wären. Zudem berechne ich, was es kosten würde, Kindern 200, 400 oder 600 Euro im Monat zu bezahlen.

Die Berechnungsmethode ist dabei denkbar simpel: Zahl der Personen x Höhe der monatlichen Leistung x 12.

	Erwachsene	Erwachsene ohne Rentner
Grundeinkommen 400 €	326.815	230.018
Grundeinkommen 600 €	490.223	345.027
Grundeinkommen 800 €	653.631	460.036
Grundeinkommen 1000 €	817.039	575.045
	Kinder	
Kinder 200 €	33.915	
Kinder 400 €	67.830	
Kinder 600 €	101.745	
<i>Tabelle 3: Jährliche Kosten des Grundeinkommens/der Negativen Einkommensteuer, 2007, Mio. €</i>		
<i>Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Tabellen 1 und 2</i>		

Diskussion der monatlichen Sätze. Bei der Betrachtung dieser Sätze ist zu berücksichtigen, das alle anderen sozialen Leistungen für Arbeitslose (mit Ausnahme der Gesetzlichen Krankenversicherung) wegfallen.

Dies bedeutet, dass von einer monatlichen Geldleistung von 400 € Miete, Heizkosten, Fortbildungsmaßnahmen und sämtliche anderen Bedürfnisse bezahlt werden müssten (siehe auch Absatz **Einsparungen durch das Grundeinkommen oder der Negativen Einkommensteuer**). Daher würde diese Variante gegenüber dem gegenwärtigen System für Arbeitslose ganz klar eine Sozialkürzung darstellen. Auch bei einer monatlichen Geldleistung von 600 € ist davon auszugehen, dass es sich unter dem Strich für die übergroße Mehrheit der Arbeitslosen um eine Sozialkürzung handelt.

Vorbemerkungen zur Berechnungsmethode. Im Folgenden möchte ich berechnen, wie hoch die durchschnittliche Belastung des selbst verdienten Einkommens durch Steuern, Abgaben und Transferentzugsraten im Jahre 2007 ausgefallen wäre, hätte es damals ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Negative Einkommensteuer gegeben.

Ich gehe dabei davon aus, dass es durch die Einführung solcher Systeme keine Änderungen im

Verhalten gegeben hätte. Dies ist ganz klar eine unrealistische Annahme, die allerdings den Befürwortern des Bedingungslosen Grundeinkommens oder der Negativen Einkommensteuer entgegenkommt.

Als Basis hierfür verwende ich näherungsweise das Volkseinkommen.

Erläuterung 1, Volkseinkommen. Das Volkseinkommen (VE) bezeichnet das tatsächliche Einkommen aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Es ist konzeptionell unterschiedlich vom Bruttoinlandsprodukt, welches die Produktion im Inland misst.

Erläuterung 2, direkte und indirekte Steuern. Allgemein gesprochen gibt es zwei Arten von Steuern: *direkte Steuern* und *indirekte Steuern*.

Direkte Steuern sind Steuern wie zum Beispiel die Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer oder auch die Kfz-Steuer. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass juristischer und ökonomischer Adressat identisch sind.

Indirekte Steuern sind Steuern wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer, die Mineralölsteuer oder die Tabaksteuer. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass juristischer und ökonomischer Adressat nicht identisch sind. Juristisch wird die Mehrwertsteuer oder die Tabaksteuer von den Unternehmen erhoben. Ökonomisch werden diese Steuern jedoch von den Verbrauchern bezahlt. Allerdings sind sie als unsozial, da sie Geringverdiener tendenziell stärker belasten.

Verschiedene Auswirkungen von direkten und indirekten Steuern. Für eine Berechnung müssen wir ferner in Betracht ziehen, dass sich eine Finanzierung durch direkte Steuern oder Sozialabgaben bzw. die Einführung von Transferenzugsraten anders auf die Belastung des persönlichen Einkommens auswirken als indirekte Steuern.

Direkte Steuern, Sozialabgaben und Transferenzugsraten *erhöhen direkt die Belastung* des selbst erwirtschafteten Einkommens.

Indirekte Steuern jedoch *senken das Volkseinkommen*. Dies liegt daran, dass indirekte Steuern Waren verteuern und damit den Wert des Geldes senken (dies ergibt sich auch aus der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung).

Daher wird eine stärkere Finanzierung über indirekte Steuern mit einer niedrigeren Belastung einhergehen, ist aber auch unsozialer.

Berechnungsmethode. In *Tabelle 4* sind verschiedene denkbare monatliche Sätze angetragen. Es wird dann berechnet, welche *durchschnittliche Belastung des selbst verdienten Einkommens* diese persönlichen Sätze bedeutet hätten, hätte ein solches System im Jahre 2007 bestanden.

Hierzu wird zunächst der Teil der Staatsausgaben abgezogen, der derzeit durch indirekte Steuern finanziert wird. Es werden dann die Kosten für das Grundeinkommen addiert und die Einsparungen abgezogen. Es ergeben sich nun die neuen Staatsausgaben, die nicht durch bestehende indirekte Steuern gedeckt sind.

Diese können entweder durch neue direkte Steuern, Sozialabgaben oder Transferenzugsraten (*direkt*) oder durch neue indirekte Steuern (*indirekt*) finanziert werden.

Eine *direkte Finanzierung* erhöht die Lasten, während eine *indirekte Finanzierung* das Volkseinkommen senkt. Mathematisch gesprochen berechnen wir:

$$\frac{\text{Alte nicht durch indirekte Steuern gedeckte Staatsausgaben} + \text{direkte Finanzierung}}{\text{Volkseinkommen 2007} - \text{indirekte Finanzierung}}$$

Ich unterscheide hier zwischen mehreren Varianten. Da eine vollständige indirekte Finanzierung unsozial wäre ist diese Variante lediglich als absolute Untergrenze zu interpretieren. Am realistischsten ist wohl ein Finanzierungsmix 70% direkt zu 30% indirekt.

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4	Szenario 5
Erwachsene	400 €	600 €	800 €	800 €	1.000 €
Kinder	200 €	400 €	400 €	600 €	600 €
Staatsausgaben 2007	1.060.650	1.060.650	1.060.650	1.060.650	1.060.650
- indirekte Steuern 2007	313.380	313.380	313.380	313.380	313.380
= alte nicht durch indirekte Steuern gedeckte Staatsausgaben	747.270	747.270	747.270	747.270	747.270
+ Grundeinkommen	360.730	558.053	721.461	755.376	918.784
- Einsparungen durch Grundeinkommen	65.975	65.975	65.975	65.975	65.975
= neue nicht durch indirekte Steuern gedeckte Staatsausgaben	1.042.026	1.239.348	1.402.756	1.436.671	1.600.079
Finanzierung 100% indirekt	48,43%	55,53%	63,20%	65,07%	75,86%
Finanzierung 50% indirekt, 50% direkt	52,92%	62,40%	71,19%	73,13%	83,16%
Finanzierung 30% indirekt, 70% direkt	54,51%	64,59%	73,49%	75,41%	84,97%
Finanzierung 100% direkt	56,70%	67,44%	76,33%	78,17%	87,06%

Tabelle 4: Auswirkungen verschiedener Sätze des Bedingungslosen Grundeinkommens oder der Negativen Einkommensteuer

Quelle: Destatis, Eigene Berechnungen auf Basis von Tabelle 3

Bewertung der Ergebnisse. Es ist bei Betrachtung dieser Ergebnisse zu berücksichtigen, dass es sich dabei nicht etwa um den fiktiven neuen Spitzensteuersatz handelt. Es handelt sich hierbei um die *durchschnittliche* Belastung persönlichen Einkommens. Würde das Grundeinkommen ausschließlich durch eine Flat Tax finanziert, die ab dem ersten verdienten Euro gilt, müsste diese den berechneten Satz haben.

Zieht man beispielsweise *Szenario 3* heran, in welchem Erwachsene 800 € kriegen und Kinder 400 €, läge dieser Satz bei 73,49%. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die *Szenario 1* und *Szenario 2* Sozialkürzungen darstellen.

Würde man zusätzlich versuchen, *Szenario 3* durch ein progressives Steuersystem zu finanzieren, so läge der Spitzensteuersatz selbst bei moderater Gestaltung jenseits der 80%.

Auf dieser Basis fälle ich die *Wertentscheidung*, dass eine derartig gestaltetes System eines Bedingungslosen Grundeinkommens oder einer Negativen Einkommensteuer inakzeptabel ist. Dies ist selbstverständlich essentiell für die abgeleitete Grundthese. Wer einen Spitzensteuersatz von 80% oder mehr akzeptabel findet, wird zu dem Schluss kommen, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Negative Einkommensteuer finanzierbar ist.

Wie bereits in **Abschnitt 1** diskutiert: Finanzierbarkeit ist eine Wertentscheidung, es sei denn man vertritt die (aus meiner Sicht absurde) Position, dass alles, was nicht mehr kostet als das Volkseinkommen, finanzierbar ist.

Eine mögliche Alternative: Rentner kriegen kein Grundeinkommen. Es wäre unter Umständen denkbar, dass Rentner kein Grundeinkommen kriegen. Man muss sich allerdings vor Augen führen, dass dies ein klarer Systembruch wäre, insbesondere für die negative Einkommensteuer. Selbstverständlich sind Rentner in einem solchen System auch steuerpflichtig. Warum sollten sie nicht umgekehrt auch anspruchsberechtigt sein?

Dennoch könnte man unter Umständen die Ansicht vertreten, dass dieser Systembruch akzeptabel ist, um das Konzept zu retten. Deswegen berechne ich im Folgenden auch diese Möglichkeit.

Die Berechnungsmethode ist identisch zu *Tabelle 4*, jedoch ziehe ich von der Zahl aller in der Bundesrepublik lebenden Erwachsenen die Zahl der Rentner ab (siehe *Tabelle 2*).

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4	Szenario 5
Erwachsene ohne Rentner	400 €	600 €	800 €	800 €	1.000 €
Kinder	200 €	400 €	400 €	600 €	600 €
Staatsausgaben 2007	1.060.650	1.060.650	1.060.650	1.060.650	1.060.650
- indirekte Steuern 2007	313.380	313.380	313.380	313.380	313.380
= alte nicht durch indirekte Steuern gedeckte Staatsausgaben	747.270	747.270	747.270	747.270	747.270
+ Grundeinkommen	263.933	412.857	527.866	561.781	676.790
- Einsparungen durch Grundeinkommen	65.975	65.975	65.975	65.975	65.975
= neue nicht durch indirekte Steuern gedeckte Staatsausgaben	945.228	1.094.152	1.209.161	1.243.076	1.358.085
Finanzierung 100% indirekt	45,57%	50,12%	54,31%	55,68%	60,90%
Finanzierung 50% indirekt, 50% direkt	48,67%	55,32%	60,88%	62,59%	68,69%
Finanzierung 30% indirekt, 70% direkt	49,81%	57,11%	63,00%	64,79%	71,01%
Finanzierung 100% direkt	51,43%	59,54%	65,79%	67,64%	73,90%

Tabelle 5: Auswirkungen verschiedener Sätze des Bedingungslosen Grundeinkommens oder der Negativen Einkommensteuer

Quelle: Destatis, Eigene Berechnungen auf Basis von Tabelle 3

Bewertung der Ergebnisse „ohne Rentner“. Tatsächlich stellt diese Möglichkeit eine Verbesserung dar. Auf Basis dessen wäre es vielleicht denkbar ein Grundeinkommen von 400 € für Erwachsene und 200 € für Kinder zu finanzieren. Allerdings muss dabei betont werden, dass diese Berechnung voraussetzt, dass alle anderen sozialen Leistungen an Arbeitslose wie Wohngeld, Erstattung Heizkosten, Fortbildungsmaßnahmen oder auch der Soziale Wohnungsbau komplett wegfallen. Dies wäre ganz klar eine Sozialkürzung.

Betrachtet man zum Vergleich Szenario 3, so wäre auch hier eine Flat Tax ab dem ersten Euro von 63% fällig. In einem System einer progressiven Einkommensteuer würde dies einen Spitzensteuersatz von jenseits der 70% implizieren.

Auch hier fälle ich die *Wertentscheidung*, dass dies nicht akzeptabel ist.

Abschnitt 3

Argument 3. Das in **Argument 2** dargestellte Problem gilt grundsätzlich für alle Formen von sozialer Sicherung. Jedoch ist es aus mathematischen Gründen nicht möglich, die gegenwärtige Regelung durch ein finanzierbares System der Negativen Einkommensteuer oder des Bedingungslosen Grundeinkommens zu ersetzen.

Die in Abschnitt 2 dargestellte Problematik gilt allgemein. Ich habe es in den in **Abschnitt 2** angestellten Berechnungen vermieden, einen direkten Vergleich gegenüber unserem gegenwärtigen System zu ziehen. Dieser Vergleich wäre aus *zwei Gründen* unfair.

Erstens wäre es unfair gegenüber dem System der Negativen Einkommensteuer oder dem Grundeinkommen, weil einfacher Vergleich zwischen den derzeitigen und den neuen Staatsausgaben komplett unterschlagen würde, dass es natürlich auch im derzeitigen System Transferenzugraten gibt, die ebenfalls Anreize darstellen, nicht zu arbeiten.

Zweitens wäre es unfair gegenüber dem gegenwärtigen System, weil das gegenwärtige System eine ganze Reihe an weiteren Anreizen bietet, Arbeit aufzunehmen, wie z.B. die Androhung von Leistungskürzungen, Fortbildungsmaßnahmen oder auch andere Anreize, wie z.B. der Wunsch, nicht arbeitslos zu sein.

Ganz allgemein lässt sich jedoch festhalten, dass ähnliche Ergebnisse für das gegenwärtige System herauskommen würden, würde man diese Methodik unter Einbeziehung der gegenwärtigen Transferenzugraten rigoros anwenden. (Was, wie gesagt, nicht ganz fair wäre.)

Die gegenwärtige Lösung dieses Problems. Gegenwärtig ist diese Problematik dadurch gelöst, dass bei geringen Einkommen sehr hohe Grenzbelastungen gelten. Eine schematische Darstellung dessen ist äußerst komplex, da Dinge wie Transferentzugsraten, Sozialabgaben, Anspruch auf Sozialwohnungen oder die familiären Umstände mit einbezogen werden müssen. Allerdings beträgt allein die Transferentzugsrate des ALG II („Hartz IV“) bei einem Einkommen zwischen 100 € und 800 € 80% und zwischen 800 € und 1200 € 90%. Hinzu kommen die anderen genannten Faktoren, die jene Sätze noch erhöhen.

Dies ist der Grund dafür, dass wir derzeit sehr viele Menschen haben, die trotz einer Vollzeitarbeit nicht sehr viel mehr verdienen als sie verdienen würden, wenn sie arbeitslos wären. (Und sie nicht mit Leistungskürzungen konfrontiert wären.)

Der mathematische Grund für Unfinanzierbarkeit. Für all dies gibt es eine klare und logische mathematische Erklärung: Stellen wir uns die fiktive Kurve der Grenzbelastung der Arbeit (das bedeutet die Ableitung der Last durch Steuern, Sozialbeiträge und Transferentzugsraten nach dem Einkommen) vor. Jeder Bundesbürger hat ein bestimmtes Einkommen. Bis zu diesem Einkommen lässt sich das Integral (die Fläche unter unserer Kurve) vorstellen. Finanzierungsneutralität bedeutet, dass die Summe der auf diese Weise ermittelten Integrale konstant bleibt.

Dies bedeutet: Wenn die Grenzbelastung im Einkommensbereich 100 € - 1200 € drastisch sinken soll (was das erklärte Ziel von Modellen der Negativen Einkommensteuer und des Bedingungslosen Grundeinkommens ist), dann muss die Grenzbelastung in anderen Bereichen drastisch steigen. Ansonsten wäre das Modell nicht finanzierungsneutral.

Im Klartext zusammengefasst: *Es ist mathematisch vollkommen unmöglich, ein Modell des Bedingungslosen Grundeinkommens oder der Negativen Einkommensteuer zu konzipieren, welches nicht entweder mit drastischen Sozialkürzungen einhergeht oder die **Abschnitt 2** berechneten Steuersätze aufweist.*

Schlussbemerkungen. Selbstverständlich ist das gegenwärtige System nicht ideal. Auf Basis der drei hier präsentierten Argumente, ist jedoch ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder eine Negative Einkommensteuer keine gangbare Alternative.

Lösungsansätze für die bestehenden Probleme sind kompliziert. Abhilfe könnte beispielsweise ein moderater Mindestlohn schaffen. Allerdings muss auch hier bedacht werden, inwieweit Mindestlöhne auch Arbeitslosigkeit verursachen. Empirische Forschung legt nahe, dass dies für moderat ausgestaltete Mindestlöhne nicht der Fall ist.